

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846-48 ppbn d

Inhalt

Jürgen Egert MdB fordert die Ärzte auf, ihren Verbandsopportunismus aufzugeben

Seite 1

Günter Schluckebier MdB würdigt die Rekordsteigerung des Entwicklungshilfehaushalts 1978

Seite 2

Bertram Blank MdB meint, daß der Verteidigungs- etat in die konjunktur- und arbeitsmarktpolitische Landschaft paßt

Seite 3

Friedrich Cremer, MdL und ASG-Bundesvorsitzender, stellt eine breite Übereinstimmung bei den gesundheitspolitischen Leitsätzen der SPD fest

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Kölner Straße 108-112,
5300 Bonn-Bad Godesberg
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

32. Jahrgang / 191

5. Oktober 1977

Schwarzmalerei am Werk

Ärzte sollten platten Verbandsopportunismus aufgeben

Von Jürgen Egert MdB

Obmann des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung

Der erste Vorsitzende der kassenärztlichen Bundesvereinigung, Dr. Muschalik, hat Gericht gehalten. Sein Urteilspruch bescheinigt dem Kostendämpfungsgesetz der sozialliberalen Koalition Wirksamkeit. Er beklagt, was durchaus im Interesse der Geldbeutel der Versicherten liegt, daß der Zuwachs der ärztlichen Einkommen deutlich gebremst worden ist. Dieser auf dem Hintergrund der tarif- und beschäftigungspolitischen Situation notwendige und vernünftige Vorgang soll zum Argument gegen die Bundesregierung gewendet werden.

Diese Absicht stößt schon deshalb ins Leere, weil zunehmend Patienten und Beitragszahler, aber auch eine wachsende Zahl der im Gesundheitswesen Tätigen begreifen, daß die Ausgaben für unser System der gesundheitlichen Sicherung nicht weiter wachsen konnten. Vorwürfe, mit dem Kostendämpfungsgesetz würde dem Patienteninteresse geschadet, in die Therapiefreiheit des Arztes eingegriffen und die freie Ärztwahl gefährdet, sind unberechtigt. Sie verschleiern nur notdürftig die Absicht des Anklägers, die Einkommenszuwächse der Ärzte ungeschmälert zu erhalten.

Wenn der Vorsitzende der kassenärztlichen Bundesvereinigung Front macht gegen die Kassen und ihre angeblich übermächtig gewordene Position im System der Selbstverwaltung beklagt, erinnern wir daran, daß es durchaus die Absicht des Gesetzgebers war, die schwache Position der Kassen im System der gegliederten Krankenversicherung gegenüber der Einheitsfront der Ärzte zu stärken. Gerade weil wir Sozialdemokraten uns zur Selbstverwaltung im Gesundheitswesen bekennen, mußte verhindert werden, daß die Selbstverwaltung dazu verkommt, ein bloßes Geldverteilungsprinzip am Funktionieren zu halten. Mit Kollektivismus hat das absolut nichts zu tun, es sei denn, man will blind sein oder ist blind für die tatsächlich getroffenen gesetzlichen Regelungen.

Die Ärzteschaft und ihre gewählten Repräsentanten sind aufgefordert, platten Verbandsopportunismus aufzugeben, sich an den öffentlich rechtlichen Auftrag zu erinnern und daran mitzuwirken, den Gesetzesauftrag umzusetzen. Information der Ärzteschaft statt offener oder verdeckter Polemik ist gefordert. Das Beispiel der Kassen mag dabei Orientierungshilfe sein.
(-/5.10.1977/ks/ja)

Erfolg für die Entwicklungszusammenarbeit

Rekordsteigerung des Entwicklungshilfehaushalts 1978

Von Günter Schluckebier MdB

Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit der SPD-Bundestagsfraktion

Mit einem Rekordsprung von fast 22 Prozent über seinem Umfang des Vorjahres hält der Haushalt für wirtschaftliche Zusammenarbeit die Spitze vor dem Innenministerium und dem Ministerium für Forschung und Technologie. In den Kassen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit werden im nächsten Jahr 700 Millionen DM mehr klingeln als 1977.

Die größten Brocken davon fließen in die multilaterale Zusammenarbeit: Unsere Beteiligung am Sofortprogramm für die ärmsten Entwicklungsländer, das in der Konferenz über internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit vereinbart worden war, wird 130 Millionen DM kosten, ebensoviel werden wir für die versprochene Aufstockung unserer Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsbehörde (IDA), einer Weltbanktochter, aufbringen. Dazu kommen noch 30 Millionen DM für die Weltbank. In den europäischen Entwicklungsfonds werden wir dieses Jahr etwa 60 Millionen DM mehr einzahlen als im letzten Jahr, und im Rahmen der Finanzhilfe für Griechenland und die Türkei steigen unsere Ausgaben gegenüber 1977 um 17 Millionen DM auf insgesamt 56,6 Millionen DM.

Besonders erfreulich ist der Anstieg der Mittel für die technische Zusammenarbeit um nahezu 24 Prozent von 428 Millionen DM auf 530 Millionen DM.

Damit wird eine alte Forderung nach überproportionaler Anhebung der nicht zurückzahlbaren Entwicklungshilfe zu Lasten der finanziellen Zusammenarbeit realisiert, die in Form von Krediten geleistet wird. Der Umfang der Mittel für Entwicklungshilfekredite ist lediglich um 4,7 Prozent gestiegen, sie sind aber immer noch dreimal so hoch wie die Mittel für die technische Zusammenarbeit. Den stärksten Aufwind aber hat die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit DEG erwischt. Ihre Mittel wurden gegenüber dem Vorjahr um 73 Prozent auf 43,3 Millionen DM gesteigert. Mit dieser Kapitalaufstockung kann die DEG noch mehr als bisher mit Rat und Tat - auch mit Beteiligungen - deutsche Investitionen in Entwicklungsländern unterstützen. Deren grundsätzlich positiven Charakter bestreitet inzwischen kaum jemand, wenn auch Mechanismen zur Steuerung und Kontrolle deutscher privatwirtschaftlicher Aktivitäten in der Dritten Welt erforderlich sind.

Dieser Entwicklungshilfehaushalt ist ein voller Erfolg für die Politik der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion und für die Ministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Marie Schlei. Um ihn dauerhaft zu machen, bedarf es einer Angleichung der Steigerungsraten für die Verpflichtungsermächtigungen, in deren Rahmen die Bundesregierung im kommenden Jahr finanzwirksame Vereinbarungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit treffen darf, an die Baransätze. (-/5.10.1977/hj/ja)

+ + +

Verteidigungsetat paßt in arbeitsmarktpolitische Landschaft

Eine erste Würdigung des Regierungsentwurfs zu Einzelplan 14

Von Bertram Blank MdB

Berichterstatler des Verteidigungshaushalts der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuß

Mit 34,28 Milliarden DM wird der Verteidigungshaushalt 1978 den Vorjahreshaushalt mit 1,41 Milliarden DM übersteigen, wenn der Deutsche Bundestag die Etatvorstellungen der Bundesregierung zum Einzelplan 14 billigt. Damit würde der Aufwand für äußere Sicherheit gegenüber 1977 um 4,3 Prozent steigen. Dies ist, gemessen an der Steigerung des Gesamthaushalts um 10,1 Prozent, des Etats des Arbeits- und Sozialministers um 12,6 Prozent, des Forschungshaushalts um 14,9 Prozent oder gar des Entwicklungshilfeetats mit 21,8 Prozent, ein maßvolles, ja unterproportionales Wachstum.

Nach den Erfahrungen der Vorjahre wird die Opposition so argumentieren und wieder einmal die äußere Sicherheit durch zu geringe Verteidigungskosten bedroht sehen.

Bei objektiver Betrachtung kann Minister Leber jedoch mit dem Resultat der Etatrunde im Kabinett zufrieden sein. Das günstige Verhältnis von 69 Prozent des Aufwandes für den Betrieb der Bundeswehr zu 31 Prozent für Verteidigungsinvestitionen bleibt gewahrt. Wichtig ist aber, daß 1978 für die Beschaffung von Rüstungsmaterial mit rund 7,5 Milliarden DM 1,2 Milliarden mehr zur Verfügung stehen werden als im Vorjahr. Das ist eine Steigerung von rund 19 Prozent. Dieser kräftige Aufwuchs macht es möglich, den z.Zt. laufenden Generationswechsel bei den großen Waffensystemen aller Teilstreitkräfte fortzusetzen. Zugleich bedeutet diese Ansatzverstärkung einen deutlichen Konjunkturimpuls für die mit der Bundeswehr zusammenarbeitenden Wirtschaftszweige. Davon werden auch positive Wirkungen auf den Arbeitsmarkt ausgehen. Sieht man also etwas genauer in den Einzelplan 14 hinein, so wird auch dieser Etat expansiv gefahren und ist damit konjunkturgerecht.

Nicht verstärkt werden die Mittel für den Ausbau der Infrastruktur der Bundeswehr. 1978 sollen nach dem Willen der Bundesregierung - wie in 1977 - knapp 1,4 Milliarden DM für den Neubau, Umbau und Ausbau, sowie die Instandsetzung von Truppenunterkünften, Betreuungsanlagen, Flugplätzen, Werkstätten, Depots, Sozial- und Bildungseinrichtungen ausgegeben werden. Dies wirkt auf den ersten Blick nicht konjunkturgerecht. Man muß jedoch berücksichtigen, daß die Bauausgaben 1976 um zusätzliche 300 Millionen DM aus dem Konjunkturprogramm verstärkt worden und 1977 mit einer Steigerungsrate von 17,3 Prozent auf das heutige hohe Ausgabenniveau gebracht worden sind. Gleichwohl wird bei den Haushaltsberatungen zu prüfen sein, ob nicht auch hier ohnehin geplante, weil dringend notwendige Baumaßnahmen vorgezogen und in den Haushaltsjahren 1978/79 finanziert werden können, um die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage im Baugewerbe mit zusätzlichen Impulsen zu versehen. Zumal sich Bundeswehreinrichtungen vornehmlich in solchen Wirtschaftsräumen befinden, in denen die Lage auf dem Baupolmarkt alles andere als befriedigend ist. Entsprechende Vorstellungen werden von den Haushaltsgruppen von SPD und FDP zur Zeit entwickelt.

Der Personalsektor wird im kommenden Rechnungsjahr endlich wieder eine Entlastung erfahren: Es ist keine Stelleneinsparungsaufgabe sondern eine, wenn auch eng begrenzte Personalstellenvermehrung im Bereich der Bundeswehrhochschulen und Bundeswehrkrankenhäuser geplant. Dies wird von den personalbewirtschaftenden Stellen den ungeheuren Druck nehmen, unter denen sie in den vergangenen Jahren gestanden haben und es ihnen erleichtern, alle verfügbaren und offenen Stellen zugänglich zu besetzen. So paßt der Regierungsentwurf auch in seinem Personalteil in die arbeitsmarkt- und konjunkturpolitische Landschaft.

(-/5.10.1977/ks/ja)

Breite Übereinstimmung

Zur Diskussion der gesundheitspolitischen Leitsätze

Von Dr. med. Friedrich Cremer MdL
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der
Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

Der Parteivorstand hat es beschlossen: Der Entwurf der gesundheitspolitischen Leitsätze wird dem Hamburger Parteitag als Antrag vorliegen, die gesundheitspolitische Programmdiskussion wird dort ihren vorläufigen Abschluß finden können.

Diese Entwicklung ist nachhaltig zu begrüßen. Sie unterstreicht, daß die SPD dem Bereich der Gesundheitspolitik seit je besonderes Schwergewicht gegeben und die Diskussion in diesem Bereich stets offensiv geführt hat. Sie unterstreicht aber auch, daß die Partei nach Verabschiedung des Kostendämpfungsgesetzes die Reform unseres Gesundheitswesens keinesfalls als abgeschlossen betrachtet. Entscheidende Schritte in der Weiterentwicklung der Strukturen liegen noch vor uns.

Wer die heftige öffentliche Diskussion um das Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetz aufmerksam verfolgt hat, wird darauf gefaßt sein müssen, daß die noch vor uns liegenden Schritte der Strukturreform von den Interessenverbänden, vor allen Dingen der Ärzteschaft, wiederum mit heftiger Begleitmusik versehen sein werden. Sozialdemokraten wird dies nicht überraschen; sie werden nicht nur darauf gefaßt sein, sondern diese Diskussion so führen und bestehen, daß deutlich werden wird: Der andere Diskussionspart hat keine sachlich programmatische Alternative zur Reform unseres Gesundheitswesens; er verschanzt sich hinter Polemik und Allerweitsaussagen.

Für uns Sozialdemokraten sollte dies allerdings bedeuten, dem anderen Diskus-

sionspart die Möglichkeit zu nehmen, mit uns über Wortradikalismen und Worthülsen zu polemisieren, wo es doch eigentlich um konkrete Inhalte geht. Wir sollten der Ärzteschaft die Möglichkeit entziehen, in diese Polemik auszuweichen und sie statt dessen zur sachbezogenen Diskussion zu zwingen - oder ihre eigene Konzeptionslosigkeit offen einzugestehen.

In den letzten Wochen ist von Seiten der Ärzteschaft zielbewußt der Eindruck ausgestreut worden, als seien die vorliegenden Leitsätze innerparteilich heftig umstritten. Mitnichten sind sie es. Wie auch schon im Orientierungsrahmen 85 festgehalten, stehen die Grundgedanken der Leitsätze, Selbstverwaltung und Integration, auf einer breiten Basis des Konsenses. Diese Basis reicht - unabhängig von Unterschieden im Detail - auch über die Partei hinaus. Sie bezieht die DGB-Gewerkschaften ebenso ein wie die Ortskrankenkassen.

Man mache sich also nichts vor: Die programmatischen Aussagen der Gesundheitspolitischen Leitsätze werden ebenso entschieden und zielbewußt realisiert werden, wie dieses Programm überzeugenden innerparteilichen und darüber hinausreichenden Konsens gefunden hat. Wenn die Ärzteschaft mit einer eigenen substantiellen Aussage konkurrieren will, wäre dies gut. Aber dazu wird man wohl vorher über einige gesundheitspolitische Gewässer müssen. Rhetorisches Trockenschwimmen nützt da nichts.

(-/ 5.10.1977/va-he/oa)

+ + +